RC - BULLETIN

I/1969

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin · 1 Berlin 15 · Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75/76
PS Berlin West 1941 56

Redaktion:
Solveig Ehrler

Berlin, den
7. Januar 1969

Inhaltsverzeichnis

I. Außerordentliche Mitgliederversammlung
II. Diskussion
1. Diskussionsbeiträge zum Flugblatt des Arbeitskreises Agitprop (siehe BULLETIN VI)
2. Diskussionsbeitrag zur Frage der Gewalt
III. Aus den Arbeitskreisen
IV. Veranstaltungen

I. Außerordentliche Mitgliederversammlung

Liebes Clubmitglied,

gestatten Sie, daß wir aus kosten- und zeitsparenden Gründen die Einladung für die a.o. Mitgliederversammlung im RC-BULLETIN an Sie richten.
Wie Sie bereits dem BULLETIN V entnehmen konnten, findet die a.o. Mitgliederversammlung am 9. Januar 1969 um 20 Uhr im Gemeindehaus Dahlem, Königin-Luise-Straße/Ecke Thielallee statt (zu erreichen mit den Autobus-Linien A 10 und A 1 sowie U-Bahn Dahlem-Dorf).

Wir dürfen Sie darauf hinweisen, daß nur Mitglieder des RC teilnahmeberechtigt sind (Inhaber von roten oder grünen Mitgliedskarten).
Abstimmungsberechtigt sind persönlich anwesende Mitglieder, die mit ihren Beiträgen nicht mehr als drei Monate im Rückstand sind oder denen auf Antrag die Beiträge gestundet worden sind. Ihre Beiträge können Sie am Tage der Mitgliederversammlung am Eingang des Versammlungsraumes entrichten.

Auf der Mitgliederversammlung wird es nicht primär, wie aus den Anträgen geschlossen werden könnte, um einzelne Stellungnahmen des Clubvorstandes gehen. Vielmehr steht die Konzeption des Republikanischen Clubs in der Strategie der außerparlamentarischen Bewegung, steht die Strategie dieser Bewegung selbst zur Diskussion.

Wir bitten Sie daher, möglichst zahlreich zu erscheinen, damit Abstimmungsergebnisse als repräsentativ gelten können.

Tagesordnung

I. Erklärung des 1. Vorsitzenden Jörg Huffschmid
II. Diskussion
III. Anträge (siehe dieses BULLETIN)
IV. Verschiedenes.

Mit freundlichen Grüßen
gez.: Solveig Ehrler

Anträge:

1. Die Mitgliederversammlung des Republikanischen Clubs stellt aus gegebenem Anlaß fest, daß der Club weiterhin Plattform und Kommunikationszentrum aller Gruppen und Strömungen der Berliner Linken sein soll. Diese Zielsetzung verpflichtet die Cluborgane, Beschlüsse und Aktionen auf einen breiten Konsensus zu gründen, bessere Voraussetzungen einer demokratischen Willensbildung unter den Clubmitgliedern zu schaffen und dabei insbesondere die Ansichten von Minderheiten zu tolerieren.

   Der aus den Vertretern der Arbeitskreise und Aktivgruppen gebildete Delegiertenrat soll um 10 von der Mitgliederversammlung gewählte Vertreter erweitert werden.

   (Der Antrag wurde eingebracht von Manfred Roxin, Dieter Koch u.a.).

2. Wir alle wissen, daß es innerhalb des Clubs über die Arbeit des Clubs erhebliche Meinungsdifferenzen gibt; sie werden auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung zur Sprache kommen. Entgegen hier und da angestellten Mutmaßungen wollen die Kritiker gewiß eine klärende Diskussion und nicht Vorstandsköpfe rollen sehen. Um ein Bild von den Mehrheitsverhältnissen im Club zu haben, halten sie aber eine Informationsabstimmung für notwendig, und sie schlagen eine Abstimmung in dem besonders umstrittenen Fall "Aktion Landgericht" vor. Zur Wahl stehen zwei Texte, die Stellungnahme des Clubvorstands und die abweichende Meinung von Marianne Regensburger, ebenfalls Mitglied des Vorstands. Es soll bei der Abwägung der beiden Texte nicht um Punkt und Komma gehen und nicht um politische Vorbehalte in Detailfragen, sondern darum, welche dieser beiden Stellungnahmen die Mitglieder für eher vertretbar halten.

   Die Erklärung des Vorstands war abgedruckt im RC-BULLETIN IV vom 21. November 1968, Seite 1 - 3
   Die abweichende Meinung von Marianne Regensburger stand im RC-BULLETIN V vom 5. Dezember 1968, Seite 3 - 4.

   Beide Texte werden für die außerordentliche Mitgliederversammlung noch einmal abgezogen.

   (Der Antrag wurde eingebracht von Dieter Koch, Hannes Schwenger, Dietrich Staritz).

3. Fragen an den Clubvorstand:

   a) Betrifft: Verlautbarung zur Landgerichtsaktion/Mahlerprozeß
   Hat Frau Solveig Ehrler im Namen des RC-Vorstandes, also im Namen der RC-Mitglieder gesprochen bzw. geschrieben, oder ihre Meinung als RC-Vorstandsmitglied, also ihre persönliche Meinung, herausgegeben.

b) Betrifft den Vorstand als Ganzes
Laut Satzung versteht sich der RC als Informationszentrum der demokratischen Linken - § 2 der RC-Satzung.

c) Betrifft: Die Radikalisierung
Fördert, unterstützt oder wie sonst gedenkt sich der RC-Vorstand zur festzustellenden, vorwiegend unpolitischen Radikalisierung des politischen Klimas zu verhalten? Ist der RC-Vorstand der Meinung, daß diese Art der Frustration von potentiellen Anhängern seiner Unterstützung wert ist.

d) Betrifft: Vorfälle vor dem Rathaus Schöneberg, anläßlich der Rehse-Urteil-Demonstration
Wie stellt sich der RC-Vorstand zur SED-Westberlin unter Berücksichtigung der auf der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen punktuellen Zusammenarbeit und was gedenkt er clubintern in dieser Frage zu unternehmen.

e) Betrifft: Cluböffentlichkeit - Gäste
Ich beantrage beim RC-Vorstand die Wiedereinführung der Türkontrolle bzw. Ausweiskontrolle, um das politische Niveau der RC-Diskussionen wieder zu heben und einen Anreiz zum Beitritt zu bekommen.

f) Betrifft: Eventuelle Konsequenzen
Ist der RC-Vorstand bereit, sich an die Richtlinien, die auf dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung ausgearbeitet werden zu halten oder hält er an seinem Konzept fest bzw. tritt zurück.

(Die Fragen wurden eingebracht von Helmut Neumann).

4. Dringlichkeitsantrag an die a.o. Mitgliederversammlung, die Wahl des Bundespräsidenten am 5. März 1969 betreffend:

Die Vollversammlung des RC beschließt die Einsetzung eines RC-Komitees zur Organisierung und Koordinierung von Gegenmaßnahmen der APO gegen die Usurpation Westberlins durch Staatsakte der BRD, die weder friedens- noch emanzipationspolitischen Zwecken dienen und daher im Widerspruch zu den Entwicklungsinteressen unserer Stadt stehen. Gerade wenn das Bundestagspräsidium an der Durchführung der Heinemann/Schröder-Auslese in Westberlin festhält, kommt es darauf an, der Welt zu zeigen, wohin Westberlin gehört: in das Lager jener manipulierten Entwicklungsgebiete der Welt, die erst ihre einseitigen politischen und ökonomischen Abhängigkeiten verlieren müssen, ehe sie einen positiven Beitrag zur vollen Emanzipation aller in Unmündigkeit gehaltenen Menschen leisten können.

Um den Parlamentarismus in unserer Stadt auf eine letzte Probe zu stellen, wird die FDP-Fraktion aufgefordert, den beigefügten Gesetzentwurf (der Entwurf wurde von einem Arbeitskreis der Christl. Friedenskonferenz Westberlin an die FDP-Fraktion geschickt mit der Bitte, ihn im Abgeordnetenhaus einzubringen) bis zum 6. Februar 1969 im Abgeordnetenhaus vorzulegen; parallel dazu wird zur Unterstützung dieser Initiative eine Unterschriftensammlung zur Beantragung eines Referendums gem. Art. 49 Berliner Verfassung vom 1.9.1950 zugunsten dieses Entwurfs vorbereitet.

Begründung: An der Stellungnahme der Behörden und der Parteien Westberlins zu diesen Vorschlägen wird zu erkennen sein, wie sie zur Zukunft unserer Stadt stehen und was sie selber vom Funktionieren von Parlamentarismus und Demokratie halten.
In Anbetracht der sachlichen und terminlichen Wichtigkeit wird der Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht, der allen anderen Tagesordnungs-Punkten vorzuziehen ist. - Die Dringlichkeit ergibt sich unmittelbar aus der Hauptfunktion der APO einerseits und der Zuspitzung der gegenwärtigen Lage Westberlins andererseits.

Klaus Ehrler

PS: Text des Gesetzentwurfs s. letzte Seite dieses BULLETINS.

II. Diskussion

1. Diskussionsbeiträge zum Flugblatt des Arbeitskreises Agitprop (siehe BULLETIN V1)

Alexander Rauter:

I.
Der Republikanische Club war ursprünglich gegründet worden als ein Sammelbecken für Leute, die "sich als Teil der politischen Linken verstehen". So steht es in der Satzung. Seit der Gründung des Clubs hat eine bestimmte Gruppe die Politik des RC so stark unter ihren Einfluss genommen, daß die anderen Gruppen die RC-Politik nicht mehr in einem adäquaten Verhältnis mitbestimmen können. Diese eine Gruppe wird von fast allen Vorstandsmitgliedern repräsentiert. Da diese Gruppe sich bisher vor allem mit dem SDS einig wußte, nennen wir sie der Einfachheit halber und unter den angebrachten Vorbehalten die SDS-Fraktion des Clubs. Manche nennen diese Gruppe, die natürlich nicht homogen ist, das antiautoritäre Lager im RC.

Die Mitglieder, die den Inhalt des Flugblattes gutheißen, sind der Meinung, daß der Club nicht ein Werkzeug des SDS sein kann, genauso wenig, wie die Studentenschaft die Gesamtbevölkerung vertreten kann. Mit diesem Flugblatt sollte ein Auftakt gegeben werden zu einer Diskussion über das Selbstverständnis des Clubs. Die Reaktionen auf dieses Flugblatt scheinen uns zu bestätigen, daß wir die richtige Form zur richtigen Zeit gewählt haben.

II.
Wir sagen: "Wir werden in Zukunft mit solchen Gruppen nicht mehr bedingungslos zusammenarbeiten". Unsere Bedingung ist, daß Absprachen eingehalten werden. Wir glauben nicht, daß wir unseren Zielen näher kommen, wenn wir versuchen, unsere Verbündeten zu betrügen. Wir sind davon überzeugt, daß Verläßlichkeit bei Absprachen zwischen Verbündeten für das linke Lager unverzichtbar ist. Weiter gehen wir davon aus, daß die Prioritäten unserer Gegnerschaften nicht umkehrbar sind: das bedeutet, die Differenzen in der Ansicht über die Methoden des revolutionären Kampfes können dem Kampf gegen den gemeinsamen Hauptfeind nicht übergeordnet sein.

Wir beanstanden in diesem Zusammenhang, daß der RC-Vorstand noch niemals eine spontane Presse-Erklärung zu den Tagungen der Bundestagsausschüsse und zu den Empfängen des Reichshäftlingsbauspezialisten in Berlin gegeben hat, wohl aber zu den neuen DDR-Richtlinien des Transitverkehrs, die eine Konsequenz der Anwesenheit des Bundes in Berlin sind. Dieses Engagement scheint uns zu einseitig. Dabei wäre auch festzuhalten, daß der Klassengegner diese Nettigkeiten nie honoriert hat.

Wenn die von uns angesprochene Gruppe die SED-Westberlin nicht als zum linken Lager gehörig betrachtet, wenn sie nicht davon ausgeht, daß die SED-Westberlin ein Verbündeter im Kampf gegen den Spätkapitalismus ist, dann möge sie erklären, warum sie mit dieser Partei gemeinsam demonstriert.

III.
Es ist davon auszugehen, daß die Mehrheit der hier Anwesenden einschließlich des Vorstandes mit uns der Meinung ist, daß es falsch ist, den SED-Sprecher niederzubrüllen. Wenn der RC-Vorstand dieser Meinung ist, dann möge er uns mitteilen, was er bisher - der sich sonst mit Erklärungen beeilte - auf den Vorgang hin unternommen hat, der im Flugblatt angesprochen wird.

IV.
Wir räumen ein, daß das Flugblatt den Eindruck erwecken muß, als sei ein Aufenthalt im Konzentrationslager ein Ersatz für unkonventionelle Kampfformen. Dieser Eindruck hätte vermieden werden können. Er ist derselben Hast zuzuschreiben, die bisher RC-Vorstandserklärungen auszuzeichnen pflegte.

V. Wir gehen davon aus, daß die Vorwürfe, die Horst Mahler im RC-BULLETIN vom 19. Dezember vorigen Jahres gegen uns formuliert hat, nicht nur seine persönliche Ansicht wiedergeben; uns scheint, daß Mahler für die Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes und für eine nicht vernachlässigbare Gruppe in der Club-Mitgliedschaft spricht.

Ich zitiere: "Wer mit dem Innenleben dieser außerparlamentarischen Opposition, speziell des Clubs, einigermaßen vertraut ist und den Standort derjenigen kennt, deren politische Interessen sich in dieser Diskussion artikulierten, der weiß, daß es sich hier um den ersten massiven Versuch der "Traditionalisten" handelte, ihre Politik der Restauration herkömmlicher Organisations- und Kampfformen parlamentarischer Arbeiterparteien zur Generallinie des Republikanischen Clubs zu machen." Wenn ein kluger Mensch wie Mahler uns eine solche Absicht zuspricht, dann zwingt er uns zu der Vermutung, daß ihn taktische Gründe zu dieser Feststellung bewegt haben. Der Augenschein spricht so sehr gegen diese Behauptung, daß man nicht annehmen kann, Mahler selbst glaube an seine Aussage.

Wir gehen in die Schulen, um mit Schülern und Lehrern zu diskutieren; wir gehen in die Kirche, mit Transparenten, um mit den Kirchenbesuchern zu diskutieren; wir verschicken Flugblätter an die Tankstellenpächter; wir haben eine Schrift herausgebracht, die an westdeutschen und westberliner Schulen vertrieben wird und die bisher von vielen gelesen worden ist. Mahler selbst erklärte zu dieser Schrift, sie sei "großartig". Wenn man unsere bisherige Arbeit als Maßstab nimmt - und was sollte man sonst nehmen? - dann kann man zu der Feststellung von Horst Mahler nur sagen: dieser Schuß ist eine so verrückte Übertreibung, daß er nicht mehr trifft. Man muß dann fragen, warum wurde dieser Schuß abgefeuert?

Uns unterscheidet von der SDS-Fraktion die Tatsache, daß wir ein von Ressentiment ungetrübtes Verhältnis zur SED besitzen. Wir sind in der Lage, die SED-Westberlin mit derselben Gelassenheit zu betrachten, wie die Bank für Gemeinwirtschaft. Und ich meine, das ist eine gesunde Einstellung für Leute, die sich in den Kopf gesetzt haben, diese Gesellschaft zu verändern.

Es gibt noch andere Stellen in dem Artikel von Mahler, die wir nicht anders beurteilen. Nur eine Behauptung sei noch angeführt. Mahler muß sich gefallen lassen, daß wir ihm vorwerfen, er sage bewußt die Unwahrheit wenn er schreibt: "Hier wird der Ausschluß aus dem Club, aus der APO, aus dem SDS gefordert und konstatiert, daß sich diese Gruppen außerhalb der sozialistischen Bewegung gestellt hätten".

Wie soll ein Ausschluß aus der APO technisch vor sich gehen?

Wir haben in den vergangenen Monaten den Eindruck gewonnen, daß der SDS-Flügel im RC uns eine SED-Affinität aufreden oder aufzwingen will, um eine besonders aktive Gruppe der RC-Mitgliedschaft zu isolieren. Wer eine bestimmte Einstellung zu zwar spezifischen Anlässen als ausreichende Grundlage für ein Urteil über uns ansieht, hat zumindest nicht viel Geduld - und das ist unpolitisch, noch liegt ihm besonders viel an einer Atmosphäre, die eine effektive Zusammenarbeit begünstigt.

Wenn man weiterhin davon ausgeht, daß der Vorstand auch die sogenannten Liberalen von der Mitwirkung der RC-Politik auszuschließen scheint, dann kommt man zu dem Schluß daß der SDS-Flügel im Club gerne unter sich bleiben möchte, zumindest, daß er die RC-Politik allein bestimmen will. Das ist verständlich. Wir möchten das aber verhindern.

VI.
Es ist weder unsere Aufgabe, im RC stellvertretend für die SED zu sprechen, noch ist es unser Interesse. Wir möchten aber darauf hinweisen, daß der RC-Vorstand bis heute das Angebot dieser Partei zu Diskussionen über die Unterschiede in der Auffassung darüber, was der bessere Weg zum Sozialismus sei, über den Stalinismus, über die Havemann-Affäre und über die CSSR-Intervention nicht aufgegriffen hat. Auch diese Tatsache scheint uns eine mangelnde Gesprächsbereitschaft mit anderen APO-Gruppen zu belegen. Eine solche Politik zwingt die SED in die Isolation. Das Geschäft sollte man dem Establishment überlassen.

VII.
Zum Schluß möchten wir betonen: Es ist ein Unterschied, ob eine Gruppe im RC dafür plädiert, vor dem Klassengegner Solidarität zu beweisen oder ob sie dafür eintritt, daß sich die ganze RC-Mitgliedschaft als SED-Parteimitglieder eintragen lasse. Wer diesen Unterschied verschleiert, der muß ein Interesse daran haben, daß sich die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Standorten im Club verschärfen. Wer an einer solchen Zuspitzung interessiert ist, der geht offenbar von dem Wunsch aus, entweder die Arbeitskreise, die das Flugblatt unterschrieben haben - mittlerweile vier -, mögen vom Club ausgeschlossen werden oder sie mögen ihre politischen Ansichten den Wünschen des Vorstandes anpassen. Und da müssen wir fragen: Wem soll diese Einseitigkeit nützen?

Peter van Spall:

Bravo! Die in den Arbeitskreisen für Agitation und Propaganda und Politische Theorie organisierten Altstalinisten haben sich im ED 101/II zu Wort gemeldet.

Wann werden diese Leute begreifen, daß das Pfeifkonzert während der Rede des SED-Genossen Erich Ziegler nur ein Ergebnis der repressiven Gewalt in den autoritären Gesellschaftssystemen ist? Ich bin zwar ebenfalls der Ansicht, daß diese Reaktion hier fehl am Platze war, in diesem konkreten Fall sogar im höchsten Grade geschmacklos. Anstatt nun aber durch diffamierende Allgemeinplätze den Differenzierungsprozeß innerhalb der APO voranzutreiben, wäre es für alle Beteiligten doch zweckmäßiger, die inhaltliche Auseinandersetzung wieder aufzunehmen und sachlich zu führen. Der SED-W ist vorzuwerfen, daß sie bisher den von SDS und anderen APO-Gruppen vorgeschlagenen Diskussionen ausgewichen ist. Die nichtkommunistischen marxistischen Gruppen haben andererseits aus verständlichen Gründen keine Anstrengungen mehr in dieser Richtung unternommen. Es ist in diesem Zusammenhang zu verstehen, daß die nicht ausdiskutierten und deshalb nicht zu überwindenden Meinungsverschiedenheiten, die im grundlegenden Fragen vorhanden sind, zu solchen Reaktionen führen. Man kann sich denken, daß die so Protestierenden an Havemann, Biermann und andere linke Oppositionelle erinnert wurden, an die Intervention in die CSSR und anderes mehr. Wenn aber die Verfasser dieses Flugblattes anstelle einer sachlichen differenzierten Kritik nun erneut mit dem versteckten Vorwurf des "Linksfaschismus" auftreten, den demonstrierenden Schülern und Studenten unterstellen, sie suchten grundsätzlich blutige Auseinandersetzungen mit der Polizei und

dann gleich noch in diesem Zusammenhang simplifizierend feststellen, die nichtkommunistischen Gruppen hätten keine "bessere Lösung für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft" anzubieten, sie hätten noch nicht einmal bewiesen, daß "ihr Klassenbewußtsein ihre nächste Beförderung überleben wird", dann ist das eine unverschämte Unterstellung, die jede weitere sachliche Diskussion ausschließt.

Immerhin haben die Aktionen an den Bildungsstätten und auf der Straße trotz verschiedener Rückschläge gezeigt, daß die nichtkommunistische Linke eine sehr viel stärkere "Massenbasis" hat als die genannten Arbeitskreise. Über 2.000 Demonstrantenprozesse gegen die Neue Linke beweisen, daß diese aufrechten Sozialisten auf keine "Beförderung" mehr zu hoffen haben. Auf fatale Weise erinnert dieses Flugblatt an das konservative Argument: nur keine Experimente! Der moderne kreative Mensch muß selbstkritisch, kritisch gegenüber anderen und bereit sein, neue Wege zu beschreiten. Die Unterzeichner vergessen dabei, daß selbst im sozialistischen Lager unterschiedlich strukturierte Systeme vorhanden sind.

Auf einer ähnlichen Wellenlänge sendet aber auch mitunter die Extra-Dienst-Redaktion. Abgesehen davon, daß es versäumt wurde, über so wichtige Themen wie u.a. die vor der CSSR-Intervention von Dubcek, Polacek und Genossen entwickelte Rätekonzeption, den tatsächlichen Verlauf der Landgerichtsdemonstration oder der Kundgebung gegen die Klassenjustiz vom 14. Dezember, an der nachher nur etwa 800 Demonstranten teilnahmen, objektiv zu berichten, wird nun auch noch kritisiert, daß die "Rote Garde" mit "Dubcek-Rufen" unter Mao-Bildern gegen den Auftritt des SED-Genossen protestierte. Gerade die Schüler- und Studentenorganisationen lassen hoffen, daß sie von Rosa Luxemburg lernen, denn oberster Grundsatz innerhalb der Linken ist die "Freiheit des Andersdenkenden". Unterhaltungen mit den jungen "Maoisten" haben mir gezeigt, daß Mao für sie in erster Linie ein Symbol einer notwendigen Kulturrevolution ist und nicht etwa, wie oft vermutet wird, ein neuer "Stalin".

Die Außerparlamentarische Opposition hat vorübergehend an "Massenbasis" bei öffentlichen Kampagnen verloren, weil die "Eliten" dazu übergegangen sind, APO-Angehörige und Sympathisanten zu manipulieren. Der Vorwurf trifft die SED-West ebenso wie den gegenwärtigen Vorstand des RC, bestimmte sich grundsätzlich militant gebärdende SDS-Aktivisten wie auch den Extra-Dienst. Die gegenwärtige Phase macht eine Basisrevolution gegen die neuen manipulierenden Autoritäten notwendig. Nur in gemeinsamer Diskussion und mit Unterstützung einer aktiven Basis können alle in dieser Sammlungsbewegung vereinigten Gruppen und Verbände die notwendige Arbeit fortsetzen, "denn solang wir uns entzwein, bleiben sie doch unsere Herrn" (Bertolt Brecht). --

PS: Ich weise hin auf einen längeren Aufsatz, der in der Weihnachtsausgabe der "Anderen Zeitung" erschienen ist und in dem ich meine erste Einschätzung der Landgerichts-Aktion revidiere.

Hermann von Rohde (Liga des Antifaschistischen Widerstands e.V. Berlin)

Die Ausfälle gegen den Redner der SED-Westberlin vor dem Schöneberger Rathaus sind nicht gutzuheißen, weil der Genosse Ziegler als Widerstandskämpfer sprach, der von den gleichen Faschisten verurteilt wurde, die den Blutrichter Rehse freigesprochen haben und Beate Klarsfeld wegen einer Ohrfeige für ein Jahr ins Gefängnis schicken.

Die Genossen vom Arbeitskreis Agitprop verfallen in ihrem Flugblatt in den gleichen Fehler, indem sie die Kritiker verdammen, ihnen sofort

fehlendes Klassenbewußtsein vorwerfen und nur sich als wahre Sozialisten anerkennen.

Die Stellungnahme der SED-Westberlin bei der Intervention in der CSSR mit ihrer starren Haltung hat erneut bewiesen, wie groß die Kluft zwischen ihr und den anderen sozialistischen, antikapitalistischen Gruppen ist. Die Reaktion vor dem Schöneberger Rathaus ist weitgehend auf diese Haltung zurückzuführen.

Eine klare Auseinandersetzung mit der SED-Westberlin über Konterrevolution und Stalinismus ist notwendiger denn je. Es kann für Faschisten und Konterrevolutionäre keine Freiheit geben, aber die den Massen entfremdeten Funktionäre und Bürokraten können nicht bestimmen, was konterrevolutionär ist.

Wir sollten hart aber nicht feindlich und frei von irrationalem Antikommunismus diskutieren.

Die Linken in dieser Stadt haben eine gemeinsame Aufgabe, das Bewußtsein der Bevölkerung zu beeinflussen und zu verändern.

Rudi Schmidt: Zur Flugblattkontroverse

Ausgehend von der Rehse-Demonstration sind Spannungen im RC sichtbar geworden, deren symptomatischer Charakter für die Berliner Außerparlamentarische Opposition einige grundsätzliche Bemerkungen erfordert:

Auf der Woge von Massenaktionen und Anfangserfolgen wurden sie kaum sichtbar, obwohl sie bestanden haben, seitdem die mindestens punktuelle Aktionseinheit - von der SED über SDS etc. bis zu den Liberalen reichend - existiert.

Die schon lange geforderten neuen Organisationsformen, die die Wirkung der bereits im Sommer ablesbaren Dissoziation an der Basis wenigstens teilweise auszugleichen geeignet wären, konnten nicht geschaffen werden; zumal das Interesse daran nicht etwa unterschiedlich stark, sondern auch verschieden gerichtet war. Das Interesse an zentralen Räten war naturgemäß in solchen Kreisen am größten, die schon seit jeher in der straffen, zentralen Organisation die Bedingungen für die größte Effizienz gewährleistet sahen, gleichgültig, um welche Aufgaben und um welche zu organisierenden Gruppen es sich handeln mochte.

Die historische Tendenz der sich verselbständigenden Apparate vor Augen, der Reduktion von Politik auf isolierte Deklamation und eingedenk der oft bewiesenen, überwiegend integrativen Funktion einmal etablierter Apparate, fiel die Ablehnung zentraler Räte gerade den Gruppen nicht schwer, die ihr Selbstverständnis in einer schwierigen, historisch neuen Form der Basisarbeit suchten.

Und obwohl nun tatsächlich in den Basisgruppen und Wohnkommunen wertvolle Erfahrungen über qualitativ neue Praxis gesammelt werden konnten, rückten Schwierigkeiten in den Vordergrund, die durch die neuen Organisationsformen an der Basis nicht bloß nicht gelöst, sondern z.T. allererst geschaffen wurden. Die Probleme der Individuen und Kleingruppen begannen die Gesamtaufgaben zu überlagern, die Folgen waren die bekannten Phänomene der sporadischen, unverbindlichen Mitarbeit an den größeren Aktionen oder zentralen Kampagnen.

Die wichtige Erprobung neuer Kampfformen nahm zuweilen den Charakter einer Eskalation des Avantgardismus an, in dem bürgerliche Reste von Narzißmus sichtbar wurden. Und gerade solchen Tendenzen gegenüber blieb die partialisierte Praxis hilflos. Es konnte nur in wenigen größeren

Gruppen ein ausreichender Grad von Verbindlichkeit erzielt werden.

Auf der Rehse-Demonstration blieb der Redner der SED wegen der Protestschreie der Roten Garden die Hälfte seiner Rede über unverständlich. Man muß hier allerdings darauf hinweisen, daß bei fast allen Massenveranstaltungen der Vergangenheit, wo SED- oder FDJ-Sprecher auftraten, Störungen zu verzeichnen waren, die oftmals erst nach Intervention des Veranstaltungsleiters endeten. Daß Michel Lang hier nicht eingegriffen hat, muß im Interesse der Kundgebung sehr bedauert werden. - Die Schuld für dies unsolidarische Verhalten der Roten Garden wurde von der SED natürlich den Theoretikern des antiautoritären Lagers zugeschoben, besonders dem SDS, als dessen legitimes Kind sie die Garden ansehen. Und prompt wurde die Rede des Genossen Neitzke (SDS) in der "Wahrheit" vom 17.12. als einzige auch auszugsweise nicht gedruckt.

Neu war aber, daß sich ein Arbeitskreis des RC mit bislang hier nicht erlebter Vehemenz in die Auseinandersetzungen durch ein Flugblatt einschaltete, dessen Ignoranz dem Vorwurf des Sozialfaschismus seitens der Roten Garden an die Adresse der Sowjetunion um nichts nachsteht.

Es folgten zwei Diskussionen im Club, die die tiefe Kluft, die sich inzwischen aufgetan hat, nicht schließen konnten.

Und hier hatte ich den Eindruck, als wären viele, die vor nicht langer Zeit noch selbst begeisterte Interpreten und Praktiker des antiautoritären Lagers waren, nur allzuschnell bereit, auf eigene Bemühungen um organisatorische neue Formen eines effektiven Theorie-Praxis-Verhältnisses zu verzichten und geschichtsblind die bereitgestellten Formen eines effizienten, zentralistischen Apparates zu füllen. Die so bereitwillig in die ausgestreckten Arme der SED sinken, bleiben aber den Beweis dafür schuldig, daß die jahrzehntelang erfolglose Politik der SED-W. nun unter ihrer Mitwirkung eine praktische Wandlung erfährt. Die selbstbewußte, nichtsdestoweniger ignorante Weise, in der SED- und FDJ-Gruppen nach Prag meinten, die Vertreter der antiautoritären Position kritisieren zu dürfen, verkennt völlig die Tatsache, daß diese es gerade waren, die ihr aus der Isolation und zu diesem neuen Selbstbewußtsein verholfen haben. Auch heute könnte es die SED wohl noch nicht wagen, allein eine Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus zu veranstalten!

Zwischenfälle wie bei der Rehse-Demonstration lassen sich nur vermeiden, wenn sich alle Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition in mehreren öffentlich-verbindlichen Diskussionen auf einen Minimalkonsens einigen. D.h. insbesondere, daß Diskussionen über Probleme wie Mitbestimmung-Arbeiterkontrolle; Massen - Kader - Führungsapparate usw. endlich mit der SED in größerem, öffentlichem Rahmen geführt werden.

Ihre Bereitschaft dazu scheint bislang denkbar gering zu sein. Einige ihrer Genossen sagten auf der letzten Versammlung in RC etwa: "Wir wollen das Trennende nicht hervorholen, mehr das Gemeinsame sehen" etc. "Wir haben doch einen gemeinsamen Hauptfeind." Das ist zwar richtig, muß aber in <u>diesem</u> Zusammenhang als die alte Taktik des Kneifens verstanden werden.

Ich sehe keine andere Möglichkeit für eine brauchbare Aktionsgemeinschaft in der nächsten Zukunft, wenn nicht in den kommenden Wochen und Monaten eine Serie solcher öffentlicher Diskussionen mit halbwegs befriedigendem Ergebnis geführt werden.

Anna-Sabina Halle: Disziplinarordnung für APO-Leute? Oder: Wann darf man pfeifen?

Ich lese mit Erstaunen: Wir haben nun (wohl in Gestalt des Arbeitskreises Agitprop) eine Instanz, die bestimmt, wann ich pfeifen darf. Und die Hüter der APO-Ordnung erkennen schon an meinem Ton, daß er "ohne

die antikommunistische Erziehung ... nicht denkbar ist." Also folgt die Strafe auf dem Fuß, jeder nicht genehmigte Pfiff (offenbar eine furchtbare Sache!) ist, wie man liest, Mangel an Solidarität, stellt mich außerhalb der sozialistischen Bewegung.

Zur Sache: Wenn wir von den Professoren des Establishments verlangen, daß sie sich ständig mit go-ins, Institutsbesetzungen und Pfeifkonzerten auseinandersetzen, so wird wohl auch ein APO-Redner unter der Mißfallenskundgebung von eigenen Genossen nicht gleich zusammenbrechen, sondern sie vielmehr zum Anlaß nehmen, um seine eigene Haltung neu zu durchdenken und das Gespräch gerade mit diesen Kriterien zu suchen, um eventuell Mißverständnisse zu klären, eine Einigung zu erreichen - oder aber auch bei allem gegenseitigem Verständnis die Gegensätze anzuerkennen. Wie der Genosse Seidel schreibt: "Der Versuch, zu verkleistern, heißt den Anspruch der APO aufgeben", auch den Anspruch auf Freiheit. Eine krampfhaft nach außen ohne innere Übereinstimmung zur Schau gestellte Solidarität ist überhaupt keine. Sie hält echter Belastung nicht stand und hilft darum weder der Sache noch den Menschen. Unterschiedliche Auffassungen müssen diskutiert und ausgetragen werden, und gerade die Auseinandersetzung mit der SED ist seit Monaten fällig. Es interessiert mich dabei wenig, ob Herr Neubauer oder andere Gegner darüber lachen, denn was ich sage und tue mach ich nicht von der Reaktion des Establishments abhängig, eher noch von der Kritik meiner Mitstreiter, die sich dann hoffentlich in Worten, nicht nur in Pfeiftönen ausdrücken, die aber auf jeden Fall sich die Freiheit und den Mut zur Kritik bewahrt haben - auch in den eigenen Reihen.

Agitprop schildert die Leiden des Genossen Ziegler in der Nazi-Zeit und hält darum Kritik an seinen Worten für besonders verwerflich. Hier wird wohl zweierlei vermengt: Unsere persönliche Achtung für einen Menschen, der seine Überzeugungstreue mit schweren Opfern bezahlte, ist selbstverständlich, wo immer er stehen mag. Kritik dagegen zielt auf eine Sache; persönliche Diffamierung gehört ebenso wenig hinein wie Entschärfung aus Sympathie. Ebenso wie wir von Mitgliedern anderer Parteien und Gruppen, ja von uns selbst erwarten, daß wir an der in persönlicher Achtung vorgetragenen Kritik anderer die eigene Haltung immer wieder überprüfen und vielleicht sogar aus Einsicht ändern, ebenso hat sicher auch die SED und der Genosse Ziegler den Wunsch, ja den Anspruch, ihre Ziele und Praxis mit uns zu diskutieren.

2. Demonstration und Gewalt

Roland Reichwein: 21 Thesen zur Gewaltanwendung

1. Einen prinzipiellen Gewaltverzicht und eine prinzipielle Gewaltlosigkeit der APO in ihren Auseinandersetzungen mit der staatlichen Gewalt kann und darf es nicht geben so lange die APO das Ziel einer revolutionären, d.h. grundlegenden Umgestaltung der gesellschaftspolitischen Ordnung verfolgt, und zwar auch dann nicht, wenn ein Gewaltverzicht aus taktischen Gründen zeitweise klüger und erfolgreicher sein mag. Die APO muß die Möglichkeit und das Recht haben, ihre politischen Überzeugungen offensiv, mit demonstrativen und auch provokatorischen Mitteln in der Öffentlichkeit zu vertreten, und wenn ihr dieses Recht durch die staatliche Gewalt verwehrt und genommen wird, so hat sie im Prinzip das Recht, sich dagegen, notfalls auch mit Gegengewalt, zur Wehr zu setzen.

2. Die grundsätzliche Berechtigung von Gewaltanwendung gegen die staatliche Gewalt darf die APO aber nicht zu einer unreflektierten Gewaltstrategie verleiten. In revolutionären Situationen orientiert sich die Anwendung revolutionärer Gewalt in der Regel an dem Kriterium des praktischen Erfolges. In vorrevolutionären Zeiten wie der unsrigen, in den die latenten revolutionären Konflikte noch nicht in das Bewußtsein der Bevölkerung gedrungen und manifest geworden sind, muß sich dagegen die Anwendung von Gewalt an dem Kriterium orientieren, ob und inwieweit sie also aufklärend zu wirken vermag, und zwar nicht nur bei den unmittelbar beteiligten, sondern auch bei den unbeteiligten Mitgliedern der APO und in der weiteren, passiven Öffentlichkeit. Der unmittelbare praktische Erfolg so kalkulierter und begrenzter Aktionen braucht deshalb nicht ausgeklammert zu werden, im Gegenteil, wenn er hinzukommt, kann er durchaus in der gleichen Richtung wirken, aber er muß gegenüber jenem Prinzip immer zurücktreten und ihm notfalls auch geopfert werden .
   Der Erfolg militanter Aktionen darf also nicht allein danach bemessen werden, ob man zurückgeschlagen und den Gegner vorübergehend in die Flucht geschlagen hat - das wäre das Erfolgskriterium einer Schlägermoral -, sondern er muß danach bemessen werden, welche Bewußtseinsveränderungen die Aktion bei Beteiligten und Unbeteiligten bewirkt hat.
3. Die gesellschaftlichen Verhältnisse können in einer vorrevolutionären Situation durch militante Aktionen und Gewaltanwendung niemals direkt verändert werden. Sie können unter diesen Bedingungen nur indirekt verändert werden, wenn durch militante Aktionen und Auseinandersetzungen Bewußtseinsprozesse in Gang gesetzt werden, sowohl bei den Angegriffenen als auch in der weiteren Öffentlichkeit, die bei diesen veränderte oder neue Verhaltensreaktionen zur Folge haben.
4. Die Anwendung und Eskalation von Gewalt hat zunächst nur Solidarisierungseffekte zur Folge, und zwar zuerst bei den unmittelbar Beteiligten, dann aber auch bei denen, die sich durch eine der beiden kämpfenden Parteien geschützt oder vertreten glauben. Solidarisierungsprozesse sind aber vorwiegend emotionale Prozesse und keine Bewußtseinsprozesse. Die letzteren müssen den Aktionen entweder vorausgegangen sein oder sich anschliessen, und für den zweiten Fall ist es entscheidend, ob dies durch die Art und die Durchführung der Aktion begünstigt oder verhindert wird.
5. In der gegenwärtigen Phase der vorrevolutionären Auseinandersetzung mit der bestehenden gesellschaftspolitischen Ordnung braucht die APO nicht so sehr eine Massenbasis von unaufgeklärten, nur emotional solidarisierten Mitläufern als vielmehr einen massiven Kern aufgeklärter und aktiver Anhänger, und dieser Kern muß konsequent und systematisch erweitert werden. Dieser Kern der APO aber wird durch unreflektierte gewaltsame Konfrontationen einzelner aktiver Gruppen mit der staatlichen Gewalt kaum vergrößert sondern eher verkleinert und sogar gespalten. Auch wenn die APO nur die weitere Aufklärung und Aktivierung ihrer bewußten Anhänger zum Ziel und Erfolgskriterium ihrer Aktionen macht, kann sie sich daher nicht auf eine unkontrollierte Gewaltstrategie einlassen, wenn sie nicht das bereits Erreichte wieder gefährden und verspielen will.
6. Um die genannten Ziele zu erreichen, wäre eine Strategie der bewußten und offensiven Gewaltlosigkeit zweifellos am erfolgreichsten, wenn und so lange sie von dem Staatsapparat mit Gewalt beantwortet und bekämpft wird. Denn dann würde die Unverhältnismäßigkeit der auf beiden Seiten eingesetzten Mittel

so in die Augen springen, daß Aufklärungsprozesse und Solidarisierungen mit der APO geradezu unausweichlich wären. Es ist jedoch höchst unwahrscheinlich, daß sich die Staatsmacht auf die Dauer auf einen so halsbrecherischen Kurs der gewaltsamen Bekämpfung gewaltloser Aktionen einlassen würde, und damit wäre eine solche Strategie bald zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Außerdem ist eine Strategie der konsequenten Gewaltlosigkeit nicht die leichteste, sondern die schwerste, weil die natürliche Reaktion der Selbstverteidigung kaum zu unterdrücken ist. Sie könnte daher bei den Stand, den die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht hierzulande bereits erreicht hat, bei Massendemonstrationen kaum durchgehalten werden. Ein Rest von Gewalttätigkeit, auch gegen Personen, ist folglich unvermeidlich.

7. Die Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen ist durchaus unrealistisch und künstlich. Es ist heute nahezu unmöglich, Gewalt gegen Sachen auszuüben ohne auch Personen in Mitleidenschaft zu ziehen, und umgekehrt. Einer unaufgeklärten Öffentlichkeit ist zudem kaum verständlich zu machen, daß sich Gewalt gegen Personen nicht gegen Menschen schlechthin, sondern nur gegen Menschen in bestimmten staatlichen Positionen und Funktionen richten kann, nämlich diejenigen, die das staatliche Monopol der Gewaltsamkeit verwalten und zur Anwendung bringen. Die APO wäre daher, wenn sie Gewalt nur gegen Sachen anwenden wollte, praktisch zu einer früher oder später wirkungslosen Strategie der totalen Gewaltlosigkeit verurteilt.

8. Dagegen ist der Unterschied zwischen offensiver und defensiver Gewaltanwendung von entscheidender strategischer und praktischer Bedeutung. Die letztere muß auch dann erlaubt und gerechtfertigt sein, wenn sie sich gegen Personen, beispielsweise Polizisten richtet, die gegen Demonstranten oder andere Aktionsgruppen ihrerseits offensiv Gewalt anwenden. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß auch dann noch der Zeitpunkt und die Mittel defensiver Gewaltanwendung von entscheidender taktischer Bedeutung für die aufklärerische Wirkung solcher Aktionen sind. Grundsätzlich muß immer sichergestellt sein, daß die offensive Gewaltanwendung von der Gegenseite ausging und daß die Unverhältnismäßigkeit der eingesetzten Gewaltmittel stets zu Lasten der Gegenseite geht.

9. Offensive Gewaltanwendung ist vor allem deswegen abzulehnen, weil sie nicht bewußtseinsbildend, sondern bewußtseinshemmend und -blockierend wirkt, denn sie lenkt die Aufmerksamkeit von dem Konfliktgegenstand auf den Konflikt selbst und führt nicht über die triviale Erkenntnis hinaus, daß Gewalt mit Gegengewalt beantwortet wird, und dies noch dazu unter dem Schein der Rechtmäßigkeit. Defensive Gewaltanwendung kann dagegen durchaus aufklärend und bewußtseinsbildend wirken, wenn eine zunächst gewaltlose Aktion von der provozierten Staatsmacht durch offensive Gewaltanwendung bekämpft wird und erst dadurch die gewaltsame Defensive hervorgerufen wird, weil dann die Aufmerksamkeit von dem Konflikt auf den Konfliktgegenstand gelenkt wird, nämlich auf die Frage, welches Interesse die Staatsmacht daran haben mag, gegen eine zunächst gewaltlose Aktion offensiv gewaltsam vorzugehen.

10. Militanz und militante Strategie sollte daher nicht bedeuten offensive Gewaltanwendung bei der demonstrativen und provokatorischen Vertretung der eigenen politischen Überzeugungen, sondern offensive Vertretung dieser Überzeugungen gekoppelt mit der Bereitschaft zur Selbstverteidigung, notfalls auch mit den Mitteln defensiver Gewaltanwendung gegen die staatliche Gewalt.

11. Außer der Alternative Gewalt oder Gewaltlosigkeit gibt es auch noch andere Alternativen oder Dimensionen militanter politischer Auseinandersetzungen mit der bestehenden Gesellschaftsordnung,

z.B. die Dimension der demonstrierten Respektlosigkeit und Lächerlichkeit dieser Ordnung. Auch diese Dimensionen müssen in eine politische Strategie einbezogen und in stärkerem Maße phantasievoll und schöpferisch in Aktionen umgesetzt werden als das bisher geschehen ist. Außerdem können demonstrative Aktionen mit oder ohne Gewaltanwendung die unerläßliche agitatorische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit nicht ersetzen, sondern höchstens wirksam ergänzen und unterstützen.

12. Aufklärung durch Aktion kann verschiedenes bedeuten: Aufklärung der unmittelbar beteiligten Akteure, Aufklärung der unmittelbar oder mittelbar betroffenen Vertreter der staatlichen Ordnung oder Aufklärung der unbeteiligten passiven Öffentlichkeit, insbesondere der lohnabhängigen Bevölkerung. Es wäre naiv anzunehmen, daß alle drei Ziele mit ein und derselben Aktion gleichermaßen erreicht werden können. Jede dieser Zielgruppen verlangt eine eigene Strategie, und diese können sich gegenseitig ausschließen. Bisher hat offenbar die Aufklärung der Akteure im Mittelpunkt gestanden, und dies ist bis zu einem gewissem Grade gerechtfertigt. Eine solche Strategie ist aber eine ausgesprochen kurzfristige Strategie. In Zukunft muß jede Aktion einen Stellenwert haben nicht nur in einer kurzfristigen, überwiegend psychologisch motivierten Strategie, sondern auch in einer langfristigen, gesellschaftspolitischen Strategie und Perspektive. In dieser Perspektive muß das Problem der Gewaltanwendung und der Eskalation der Gewaltmittel bis zuende gedacht werden.

13. Die Gewalttätigkeit der Staatsmacht und der von ihr geschützten Gesellschaftsordnung ist bereits durch frühere Aktionen der APO, in denen Gewalt entweder garnicht oder nur defensiv angewandet wurde, entlarvt worden, und zwar, sehr viel wirkungsvoller als durch die neueren offensiven Gewaltaktionen, weil damals die Unverhältnismäßigkeit zwischen der Gewalttätigkeit der Staatsorgane und der Machtlosigkeit der APO sehr viel klarer demonstriert werden konnte. Dieser Beweis braucht also nicht mehr geführt zu werden. Zudem sollte er nicht als eine völlig neue Erkenntnis verkauft werden, denn diese Erkenntnis konnte gerade von der Arbeiterschaft in diesem Jahrhundert durch eigene Erfahrungen bereits mehrfach gewonnen werden.

14. Die Erkenntnis, daß die Staatsmacht mit ihren eigenen gewaltsamen Mitteln angegriffen und vorübergehend geschlagen werden kann, ist für die Arbeiterschaft aus dem gleichen Grunde ebenfalls nicht völlig neu. Der Respekt vor der Staatsmacht und die Furcht, mit Gewalt gegen sie vorzugehen, bilden in Deutschland ein typisch bürgerliches Tabu. Insofern kann die defensive Gewaltanwendung bürgerlich-intellektueller APO-Mitglieder gegen Träger staatlicher Gewalt mit Recht als eine Brechung des Tabus der legitimen Gewaltanwendung des Staates und als ein emanzipatorischer Schritt betrachtet werden. Aber man sollte diesen "Erfolg" auch nicht überbewerten, denn das Tabu der legitimen Gewaltanwendung des Staates hat die Arbeiterschaft nie besonders belastet. Sie hat dieses Tabu in diesem Jahrhundert wiederholt gebrochen, und sie würde es wieder brechen, wenn man ihr klarmachen könnte, wofür sie dieses Risiko auf sich nehmen sollte.

15. Der Klassencharakter der Justiz und des Staatsapparates überhaupt konnte durch die bisherigen militanten Aktionen der Justizkampagne kaum demonstriert und unter Beweis gestellt werden, und es ist auch fraglich, ob dies überhaupt möglich ist, solange die APO in- und außerhalb der Gerichtssäle im wesentlichen von Studenten und Intellektuellen aus dem Bürgertum getragen wird und ihre klassenkämpferischen Ziele der arbeitenden Bevölkerung nicht deutlicher sind als bisher.

16. Offensive Gewaltanwendung gegen die Polizei hat keinen Spaltungs-, sondern einen Solidarisierungseffekt. Symbolische Gewaltanwendung, etwa in der Sinne, daß nicht die Polizisten, sondern der Staatsanwalt oder Richter gemeint ist, ist für die Betroffenen und auch für die Öffentlichkeit kaum nachzuvollziehen. Im Gegenteil, gerade Gewalttätigkeit wird immer zuerst auf die eigene bzw. die betroffene Person bezogen und löst Reflexionshemmungen und Regressionsprozesse aus. Sie ist daher nach Möglichkeit zu vermeiden, wenn die betroffene Person nicht wirklich gemeint ist.

17. Polizisten sind nicht nur die besoldeten Beschützer der bestehenden Ordnung gegenüber der Öffentlichkeit, sondern sie entstammen auch denselben lohnabhängigen Bevölkerungsschichten, deren Interessen die APO vorgibt zu vertreten. Sie dürfen daher von der APO nicht in unreflektierter Weise zum Prügelknaben der bestehenden Ordnung gemacht werden, die nicht ihren eigenen Interessen entspricht. Wenn die APO überhaupt eine revolutionäre Strategie verfolgt, dann wird es darauf ankommen, die Polizei in den entscheidenden revolutionären Auseinandersetzungen wenigstens teilweise zur Passivität oder sogar zur Unterstützung der APO zu bewegen. Diese Möglichkeit besteht wegen der sozialen Herkunft der Polizisten aus Arbeiterschaft und Kleinbürgertum prinzipiell durchaus, sie wird aber nicht realisiert werden können, wenn man schon in den vorrevolutionären Auseinandersetzungen offensiv gegen die Polizei vorgeht, und sie so vor vornherein zur Solidarisierung mit der bestehenden Ordnung zwingt.

18. Eine generelle Rechtfertigung offensiver, provokatorischer Gewaltanwendung kann bei ungleichmäßig entwickelten Bewußtseinsstand der APO-Mitglieder zu individuellen, unkontrollierten Kurzschluß- und Terrorhandlungen und damit zur Kriminalisierung der APO insgesamt führen. Individuelle Terroraktionen gegen Staatsanwälte und Richter, die gegen APO-Mitglieder vorhandeln, werden zudem nicht zu milderen, sondern zu schärferen Strafanträgen und Urteilen führen, weil durch sie der Korpsgeist des juristischen Berufsstandes und seine Solidarität mit der bestehenden Rechtsordnung mobilisiert wird, und zwar auch bei liberalen Juristen, die Strafverfolgung und Rechtsprechung als eine interessen-neutrale, nur dem positiven Recht und der Gerechtigkeit verpflichtete Aufgabe betrachten. Schließlich wird durch den sogenannten Psycho-Terror, der sich gegen gezielt herausgegriffene Einzelne richtet, in der Öffentlichkeit Angst vor unkontrollierter Gewalttätigkeit und Unordnung hervorgerufen, und diese Angst, die in der Arbeiterschaft leider ebenso ausgeprägt ist wie im Bürgertum, wirkt nicht aufklärend, sondern bewußtseinsblockierend und kann nur zu allseitigen Solidarisierungen mit der bestehenden Ordnung führen.

19. Militante Aktionen können bei den unmittelbar beteiligten Akteuren durchaus zur Überwindung bürgerlicher Tabus und Moralvorstellungen beitragen, aber der Abbau bürgerlicher Über-Ich-Strukturen kann kein Selbstzweck sein und darf nicht auf Kosten moralischer Maßstäbe überhaupt erfolgen. Wenn sich die neue revolutionäre Moral des SDS darin erschöpft, daß er sich auf die gleiche Ebene des aggressiven und unkontrollierten Zuschlagens begibt, wie die staatliche Gewalt, so ist es mit ihr nicht weit her, und es wird dann kaum jemand als ungerecht empfinden, wenn die Polizei ebenso zurückschlägt und die gewalttätigen Demonstranten für Körperverletzungen zur Rechenschaft gezogen werden, wie - wenigstens theoretisch - auch die Polizisten. Wenn sich durch militante Aktionen eine neue revolutionäre "Moral des Könnens" entwickelt, die nicht ergänzt und kontrolliert wird durch eine "Moral des Nichtwollens",

nämlich der nächstliegenden und natürlichsten aggressiven Reaktionen, dann verwandelt sich diese Moral in eine faschistoide "Moral des Dreinschlagenkönnens", die nicht zur Richtschnur einer sozialistischen Bewegung werden darf. Mit der Moral der repressiven Gesellschaft darf nicht auch die Moral des sozialistischen Humanismus über Bord gehen.

20. Es ist richtig, daß in eine politische Strategieder APO auch die psychischen Probleme und Prozesse der APO-Mitglieder eingebaut werden, aber dies muß in sachlich einwandfreier Form geschehen unddarf nicht auf Kosten einer marxistischen Gesellschaftsanalyse gehen. Die Begriffe Masochismus und Identifikation mit dem Stärkeren haben in letzter Zeit die Gewaltdiskussion in einer Weise beherrscht, die nicht nur unmarxistisch, sondern auch sachlich fehlerhaft war. Masochismus liegt noch nicht vor, wenn man Polizeischläge einsteckt, sondern erst wenn man daraus auch noch einen Lustgewinn zieht, und das ist wohl von den wenigsten Demonstrationsteilnehmern zu erwarten. Wenn aber Schläge ganz bewußt und kalkuliert hingenommen werden, so kann das gleiche Verhalten zum Bestandteil einer von den normalen Reaktionsschemata und Vorurteilen durchaus emanzipierten und sehr wirkungsvollen Strategie werden, eben der Strategie der Gewaltlosigkeit, mit der in diesem Jahrhundert bereits große Erfolge erzielt worden sind.
Identifikation mit dem Stärkeren oder mit dem Angreifer, wie es genauer heißen müßte, ist ein unbewußter, irrationaler Vorgang, der zur Übernahme der Verhaltensweisen des Gegners führt. Er liegt zunächst einmal dann vor, wenn die durch staatliche bzw. polizeiliche Gewaltanwendung unmittelbar betroffenen Demonstranten darauf mit Gegengewalt gegen die Polizisten reagieren und sich so auf die gleiche Ebene der aggressiven Gewalttätigkeit begeben. Die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung und deren staatlichen Organen und Vertretern als Identifikationsvorgang zu analysieren, ist nicht nur psychologisch falsch, sondern auch völlig unmarxistisch und muß in eine politische Sackgasse führen. Wer die Identifikation mit dem Angreifer zu einem wesentlichen Bestandteil seiner politischen Strategie macht, verzichtet ausdrücklich auf rationale Aufklärung und moralische Emanzipation und rückt in die Nähe des Faschismus. Jedenfalls verhält er sich inhuman und antisozialistisch, denn die sozialistische Bewegung beruht wesentlich auf der bewußten, aufgeklärten und moralischen Parteinahme für die schwächere Mehrheit, deren Lebensinteressen gegenüber der stärkeren Minderheit in Staat und Gesellschaft zu verteidigen und durchzusetzen sind. Will man diese Parteinahme stärken und verbreitern, dann muß man gerade darauf bedacht sein, den unbewußten Mechanismus der Identifikation mit dem Stärkeren abzubauen und durch die bewußte Parteinahme für den Schwächeren zu ersetzen.

21. Militante Aktionen müssen im Interesse der APO nicht nur für die unmittelbar beteiligten, sondern auch für die unbeteiligten APO-Mitglieder verständlich und vertretbar sein. Dies ist eine absolute Minimalbedingung, wenn die APO ihre gegenwärtige Stärke beibehalten will, und erst recht, wenn sie sich weiter vergrößern will. Die an militanten Aktionen Beteiligten müssen sich daher - wenn schon vorher keine Diskussion der Aktionen möglich war - wenigstens hinterher der Diskussion und Kritik stellen. Sie können nicht die rationale Argumentation zugunsten undurchdachter Aktionen suspendieren. Das Ergebnis wäre sonst eine elitäre Kaderbewegung faschistoider Prägung, deren aktiver Kern die übrigen Anhänger autoritär manipuliert.

III. Aus den Arbeitskreisen

Aufruf zur Gründung eines Arbeitskreises "Theorie und Praxis der Revolution"

Nachdem es der Sozialistischen und Außerparlamentarischen Opposition gelungen ist, im ersten Anlauf die Herrschaftsstrukturen der spätkapitalistischen Gesellschaft beträchtlich zu verunsichern, ist die Anwendung autoritärer Macht und faschistoider Gewalt der Herrschenden offensichtlich geworden. Um die streckenweise nur "antiautoritäre", "radikaldemokratische" und "moralisch protestierende" Bewegung in einen revolutionären sozialistischen Kampf unter den Bedingungen einer Industriegesellschaft zu transformieren, ist es notwendig, eine praxisbezogene Theorie der Strategie zu entwickeln. Um diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, genügt es nicht, die Revolutionsmodelle von Lenin und Marx oder das Modell der vietnamesischen und chinesischen Revolution unreflektiert auf die industriellen kapitalistischen Gesellschaften zu übertragen. Es muß vielmehr unsere Aufgabe sein, den bestehenden Systemen adäquate Revolutionsmodelle entgegenzusetzen. Wenn es uns ernst ist mit dem Klassenkampf, wenn wir ihn wirklich führen und durch offensiven Kampf diese Gesellschaft verändern wollen, muß die Phase der Reaktion auf die Machenschaften der Herrschenden beendet werden. Um eben diese neue Qualität unseres Kampfes zu erreichen, ist es unerläßlich, theoretische und praktische Modelle einer Strategie der Revolution zu entwickeln. Dazu muß auch die konsequente inhaltliche Auseinandersetzung mit den traditionellen Arbeiterparteien und der Praxis der sozialistischen Länder gehören. Um die inhaltliche Diskussion auf eine möglichst breite Basis zu stellen, sollen ständig Arbeitspapiere und Diskussionsgrundlagen (z.B. in BULLETIN des RC) veröffentlicht werden.

Um die hier kurz definierten Themen zu bearbeiten, wird im RC der Arbeitskreis "Theorie und Praxis der Revolution" gegründet, der sich am Mittwoch, den 15. Januar 1969 um 20 Uhr, in den Räumen des RC konstituiert. Die Mitarbeit des Arbeitskreises soll jedem Interessenten offenstehen, ebenso wie die Beratungen und Diskussionen öffentlich sein müssen.

Johannes Agnoli/Michael Boehme
Reinhard Dada/Solveig Ehrler
Klaus Herrmann/Jörg Huffschmid
Erika Seidel/Peter Sörgel

Gründung eines Betriebsarbeitskreises

Der Betriebsarbeitskreis hat bisher ca. 5 Mitglieder, die dem Republikanischen Club und verschiedenen Basisgruppen angehören. Wir machen zur Zeit Fallstudien über Betriebskonflikte, sie sollen zum 50. Jahrestag der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht herausgegeben werden.

Da in den nächsten Wochen viel zu tun ist, soll der Arbeitskreis offiziell konstituiert werden. Als vordringliche Arbeiten sehen wir an

1. Weiterführung der Dokumentation über Konfliktfälle in Betrieben,
2. Auswertung der Berliner Presse und der Literatur über Mitbestimmung, Betriebskonflikte, Betriebsverlagerungen, Entlassungen,
3. Analyse der Politik der Gewerkschaften in Berlin,
4. Rechtshilfe für Arbeiter vor dem Arbeitsgericht (zusammen mit ad-hoc-Gruppen der SU)
5. Aufstellung eines Konzepts für Betriebsaktionen (zusammen mit den Basisgruppen).

Die Arbeit im Betrieb soll von den Basisgruppen vorbereitet und geleistet werden, die Teilnehmer am Betriebsarbeitskreis sollen deshalb auch der Basisgruppe ihres Arbeitsorts beitreten.

Wir schlagen wöchentliche Sitzungen vor, die erste Zusammenkunft soll am Sonnabend 11. Januar 1969, 17 Uhr 30 bis 19 Uhr 30 im RC stattfinden.

Zu Seite 3 dieser Ausgabe des BULLETINs:

Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung eines Friedens-Status für Westberlin

Präambel:

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das langjährige Ausbleiben des definitiven völkerrechtlichen Abschlusses des Zweiten Weltkrieges durch friedensvertragliche Vereinbarungen den problematischen Schwebezustand des Landes Berlin (Westberlin) mit wachsenden Spannungsmomenten belastet, daß aber ein Friedensvertrag im klassischen Sinne nicht in der erforderlichen Frist zustande kommen wird, streben die verfassungsmäßigen Organe des Landes Berlin einen völkerrechtlich garantierten Friedens-Status ihrer Stadt an, der für die unabsehbare Dauer des bis zum Abschluß friedensvertraglicher Vereinbarungen für alle Bereiche des früheren Deutschen Reiches währenden Interimszustandes die Grundlage einer allseitig positiven Einbeziehung des Landes Berlin in die Entwicklung der innerdeutschen und internationalen Politik besonders auf dem Gebieten der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, bilden kann. Zu diesem Zwecke erhalten folgende Einzelbestimmungen Gesetzeskraft:

§ 1
In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz von 1945 und unter Respektierung der alliierten Vorbehaltsrechte gegenüber der Berliner Verfassung von 1.9.1950 unterstützen die Behörden des Landes Berlin alle Bemühungen seiner verfassungsmäßigen Organe, zugelassenen demokratischen Parteien und Organisationen sowie seiner verfassungsmäßig handelnden Bürger, einen Friedens-Status für das Land Berlin zu gewinnen und zu sichern, der seine Beziehungen zu allen ehemaligen Feindstaaten des Deutschen Reiches friedensmäßig normalisiert und damit die Anwendbarkeit der Feindstaatenklausein der UN-Charta, insbesondere des Artikels 107, auf das Land Berlin aufhebt.

§ 2
Es wird ein Friedens- und Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin eingerichtet, der politische Maßnahmen und Aktionen auf dem Boden des Landes Berlin auf ihre Vereinbarkeit mit der Verfassung des Landes Berlin und mit dem angestrebten universellen Friedens-Status der Stadt hin überprüft und in Fällen der Unvereinbarkeit verbietet. Staats-, Souveränitäts- und alle direkten oder abgeleiteten Hoheitsakte eines oder der beiden deutschen Staaten sind danach im Lande Berlin nicht statthaft, mit Ausnahme derjenigen Hoheitsakte, die sich aus der Erfüllung von Verträgen zwischen dem Senat des Landes Berlin und einer oder beiden deutschen Regierungen ergeben.

§ 3
Es wird eine ständige Verhandlungskommission des Senats gebildet, die sowohl in Kontakten mit den für das Land Berlin (Westberlin) völkerrechtlich verantwortlichen vier Großmächten und anderen ehemaligen Feindstaaten des Deutschen Reiches als auch in Verbindung mit den beiden deutschen

Regierungen alle Möglichkeiten der Verwirklichung eines Friedens-Status für das Land Berlin prüft und die allseits zumutbaren und daher realisierbaren dem Senat zur Durchführung empfiehlt.

§ 4
Der Senat stellt die realisierbaren Möglichkeiten des von der Ständigen Kommission ermittelten Detail-Entwurfs eines Friedens-Status zur öffentlichen Diskussion und leitet nach deren inhaltlichem Abschluß alle erforderlichen offiziellen Regierungsverhandlungen und gesetzgeberischen Schritte zur Verwirklichung des Friedens-Status von Westberlin ein. Das Presse- und Informationsamt des Senats hat alle einschlägigen Diskussionsveranstaltungen und -ergebnisse in vollem Umfang zu unterstützen.

§ 5
Spenden, die zur Beförderung der Friedens-Status-Diskussionen und zur Verbreitung ihrer Ergebnisse bestimmt sind, sind steuerfrei.

§ 6
Den beiden deutschen Regierungen ist alle Hilfe zu gewähren in ihrem eventuellen Bestreben, für ihre Staaten entsprechend zu verfahren.

§ 7
Das Gesetz tritt in Kraft unmittelbar nach der Annahme im Abgeordnetenhaus oder nach Billigung durch ein Plebiszit gemäß Artikel 49 der Verfassung des Landes Berlin vom 1.9.1950.

IV. Veranstaltungen

Die Weihnachtsferien und die Vorbereitung der a.o. Mitgliederversammlung haben die Erstellung eines normalen Veranstaltungsprogramms nicht möglich gemacht. Wir wollen Ihnen jedoch mitteilen, daß auf einer Diskussion am 29. Dezember 1968, die sich mit den Ereignissen während der Rense-Demonstration befaßte, festgelegt wurde, daß eine intensive Diskussion zwischen SED und RC stattfinden müsse. Ein vorbereitender Ausschuß hat folgende Themen zusammengestellt. Unter dem Globalthema "Innerkommunistische Auseinandersetzungen" ergaben sich die Themen

1. Die Mai-Revolte in Frankreich
2. Neuer Kurs und Intervention in die CSSR
3. Die Auseinandersetzung zwischen SED und KPI
4. Revolutionärer Kampf in kapitalistischen Ländern - am Beispiel Westberlins.

Die Diskussionen werden wahrscheinlich an Donnerstagen stattfinden. Die Gespräche mit dem Parteivorstand der SED sind im Gang. Referenten und Themen erfahren Sie im EXTRA-DIENST bzw. im nächsten BULLETIN.

Dienstag, den 7. Januar 1969 - 16 Uhr
Treffen der sozialistischen Lehrer

Donnerstag, den 9. Januar 1969 - 20 Uhr
Außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Club ist an diesem Tag geöffnet!

Samstag, den 11. Januar 1969 - 17 Uhr 30
Gründung des Betriebsarbeitskreises.

Zwischen dem 11. und 14. Januar 1969 ist der Republikanische Club geschlossen, da ein internationales Basisgruppen-Seminar in den Clubräumen stattfinden wird.

Mittwoch, den 22. Januar 1969 - 20 Uhr
Gründung des Arbeitskreises "Theorie und Praxis der Revolution".

Veröffentlichungen des Clubs:

"Zwei Rundfunksendungen" oder "Zwei Möglichkeiten, über die Außerparlamentarische Opposition zu berichten".

In der letzten Zeit haben zwei Mitglieder des RC in Rundfunksendungen über die Politik der APO berichtet:

Carl L. Guggomos am 22. November 1968 im Westdeutschen Rundfunk (WDR) und
Johannes Agnoli am 2. Dezember 1968 im Südwestfunk und Süddeutschen Rundfunk.

Dem Wunsch vieler Mitglieder entsprechend veröffentlichen wir demnächst beide Manuskripte und zwar das Original-Manuskript von Johannes Agnoli, da im Sendemanuskript wesentliche Passagen ausgelassen wurden, und das Sendemanuskript von Carl L. Guggomos, das nur unwesentlich vom Original abweicht.

Wegen der angespannten finanziellen Lage des Clubs können wir keine kostenlose Vervielfältigung vornehmen. Die Manuskripte sind deshalb in Broschürenform für ca. DM 2,-- zu erwerben.

Wir dürfen Ihnen außerdem zwei weitere Veröffentlichungen des Clubs nennen:

Zum Preis von DM 1,-- ist in der Buchhandlung des RC die Broschüre des Arbeitskreises Agitation und Propaganda "Über das Herstellen von Untertanen" von E.A. Rauter erhältlich.

Noch in dieser Woche erscheint die Broschüre des Arbeitskreises Revolutionäre Situation 1918/19 "Der 9. November 1919", die für DM 3,-- zu bekommen ist.

Mitteilungen der Bücherstube:

Alexander/Staub: Der Verbrecher und seine Richer.-Ein psychoanalytischer Einblick in die Welt der Paragraphen, Wien 1929 DM 5.8o

Luxemburg: Rede zum Programm.- Gehalten auf dem Gründungsparteitag der KPD , Berlin 1919 DM 1.5o

Leonhard: Unterirdische Literaten im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges, Frankfurt 1968 DM 15.+

5o Jahre Novemberrevolution- 5o Jahre KPD ,Ffm.1968 DM 4.-

Scheneider /Kuda: Arbeiterräte in der Novemberrevolution.- Ideen, Wirkungen, Dokumente, Ffm.1968 DM 3.-

Friedeburg u.a. : Freie Universität und politisches Potential der Studenten, Berlin 1968 DM 15.-

Wichtiger Hinweis der Redaktion:

Die Rede des Vertreters der Jungdemokraten vor dem Rathaus Schöneberg, die uns inzwischen im Wortlaut vorliegt, drucken wir wegen der zahlreichen Anträge und Stellungnahmen zur a.o. MV im nächsten BULLETIN ab.